

DIHK: Straßengüterverkehr nicht weiter verteuern! EU will dem Transportgewerbe "externe Kosten" anlasten

"Die Grenze des Zumutbaren ist erreicht", kommentiert Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), die Brüsseler Vorschläge zur weiteren Verteuierung des Straßengüterverkehrs

"Die jetzt vorliegenden Pläne der EU-Kommission öffnen Tür und Tor für zukünftige Kostensteigerungen im Transportgewerbe", so der DIHK-Hauptgeschäftsführer.

Nach dem enormen Anstieg des Dieselpreises und der von der Bundesregierung verantworteten heftigen Anhebung der LKW-Maut würde eine von Brüssel verlangte Anlastung so genannter externer Kosten für viele Verkehrsunternehmen mit dem finanziellen Exitus enden, kritisiert Wansleben. Geht es nach der EU-Kommission, sollen LKW für von ihnen verursachte Staus, Lärm- und Umweltschäden künftig zur Kasse gebeten werden können. Dieser Vorschlag ist Teil eines Paketes für "grünere" Verkehr, das die EU-Kommission am 08.07.08 vorstellte.

DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben hält die Idee für falsch: "Eine genaue Bestimmung der von einem LKW verursachten Lärm- und Umweltkosten ist schlicht unmöglich und eröffnet neue Spielräume fiskalischen Missbrauchs. Eine wirksame Entlastung der Umwelt ist auch nicht durch höhere Abgaben, sondern vielmehr durch Anreize zum Einsatz modernster Techniken im Verkehrssektor zu erwarten."

Dass der Straßengüterverkehr zudem auch noch zusätzlich für das Stehen im Stau bestraft werden solle, sei nicht nachvollziehbar. "Schließlich sind die zunehmenden Staus Ausdruck der Versäumnisse der Verkehrspolitik. Daher sollten jetzt endlich umfassendere und konkrete Zusagen für den Infrastrukturausbau gemacht werden, um Staus zu vermeiden und das zukünftige Verkehrswachstum zu bewältigen."